



HESSISCHER LANDTAG

23. 09. 2008

Beschlussempfehlung und Zweiter Bericht des Innenausschusses

**zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
für ein Gesetz zur Einrichtung einer Härtefallkommission
(Härtefallkommissionengesetz HFKG)**

Drucksache 17/679 zu Drucksache 17/109

hierzu:

**Änderungsantrag
der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/694**

**Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 17/696**

- A. Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/694, und nach Übernahme des durch folgenden mündlichen Änderungsantrag geänderten Punktes 4 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Drucks. 17/696, durch den Antragsteller – und damit in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung – in dritter Lesung anzunehmen:

Die Worte „§ 6 Abs. 1 Satz 5“ werden ersetzt durch die Worte „§ 7 Abs. 1 Satz 5“.

- B. 1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge waren dem Innenausschuss in der 16. Plenarsitzung am 23. September 2008 überwiesen worden.
2. Der Innenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23. September 2008 mit dem Gesetzentwurf befasst und mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP die unter A wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

Zuvor waren Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Drucks. 17/696, mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP abgelehnt worden.

Dann war der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/694, unter Berücksichtigung der Übernahme von Punkt 4 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Drucks. 17/696, der wie oben ausge-

führt geändert wurde, mit den Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen worden.

Wiesbaden, 23. September 2008

Berichterstatter:
Hermann Schaus

Ausschussvorsitzender:
Horst Klee

Anlage

**Gesetz
zur Einrichtung einer Härtefallkommission
(Härtefallkommissionengesetz - HFKG)**

Vom

**§ 1
Einrichtung einer Härtefallkommission**

Aufgrund von § 23a Abs. 2 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 2008 (BGBl. I S. 313), in Verbindung mit Art. 80 Abs. 4 des Grundgesetzes wird bei dem für das Aufenthaltsrecht der Ausländer zuständigen Ministerium eine Härtefallkommission eingerichtet.

**§ 2
Zusammensetzung**

(1) Die Härtefallkommission ist ein behördenunabhängiges Gremium, das sich aus

- je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirchen,
- zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Liga der freien Wohlfahrtspflege,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter des Hessischen Flüchtlingsrates,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter von Amnesty International,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH),
- einer Vertreterin der Beratungseinrichtungen für Frauen auf Vorschlag der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Frauenbüros,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der Beratungseinrichtungen für Opfer von Menschenhandel auf Vorschlag der vom Land Hessen geförderten, auf diesem Gebiet tätigen Organisationen,
- zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Ministeriums nach § 1,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter mit medizinischem Sachverstand auf Vorschlag der Landesärztekammer,
- jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände,
- einer Vertreterin oder einem Vertreter des Hessischen Sozialministeriums und
- einer Vertreterin oder einem Vertreter der zentralen Ausländerbehörden

zusammensetzt. Das Ministerium nach § 1 bestellt die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Härtefallkommission auf Vorschlag der entsendenden Institutionen für einen Zeitraum von zwei Jahren. Eine wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Kommission soll paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein.

(2) Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz der Härtefallkommission obliegen den Vertreterinnen oder den Vertretern des Ministeriums nach § 1.

§ 3 Geschäftsstelle, Vorprüfungsausschuss und Verfahrensgrundsätze

- (1) Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission wird bei dem Ministerium nach § 1 eingerichtet.
- (2) Es wird ein Vorprüfungsausschuss gebildet. Er setzt sich zusammen aus einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter der Geschäftsstelle und zwei durch die Kommission zu benennenden Mitgliedern. Es wird jeweils eine Stellvertretung benannt.
- (3) Die Härtefallkommission beschließt über die Verfahrensgrundsätze und gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 4 Verfahren

- (1) Die Härtefallkommission wird nur bei vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern tätig, für die eine hessische Ausländerbehörde zuständig ist. Bei Eingaben sind alle Gesichtspunkte darzulegen, die trotz einer bestehenden Ausreisepflicht die weitere Anwesenheit im Bundesgebiet aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen rechtfertigen könnten. Die Härtefallkommission wird ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig. Dritte können nicht verlangen, dass die Härtefallkommission sich mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Die Entscheidung für ein Härtefallersuchen setzt voraus, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.
- (2) Eingaben an die Härtefallkommission sollen in der Regel innerhalb von drei Monaten ab Eingang bei der Geschäftsstelle abschließend behandelt werden.

§ 5 Vorprüfung durch die Geschäftsstelle der Härtefallkommission

- (1) Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission führt eine Vorprüfung der Eingaben durch.
- (2) Zur Vorprüfung bittet die Geschäftsstelle die zuständige Ausländerbehörde um Stellungnahme.
- (3) Nach der Vorprüfung entscheidet die Geschäftsstelle im Auftrag der Härtefallkommission, ergänzenden Vortrag anzulegen, die Eingabe der Härtefallkommission vorzulegen oder in den durch die Geschäftsordnung der Härtefallkommission bestimmten Fällen zu verwerfen.
- (4) Aufgabe des Vorprüfungsausschusses nach § 3 ist es, in Zweifelsfällen oder Eilfällen im Rahmen der Vorprüfung zu entscheiden. Kommt kein einheitliches Votum zustande, legt der Vorprüfungsausschuss die Eingabe der Härtefallkommission vor.

§ 6 Zurückstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen

Die Geschäftsstelle ersucht die Ausländerbehörde, soweit erforderlich, bis zu einer abschließenden Entscheidung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen.

§ 7

Beschlussfassung der Härtefallkommission

(1) Die Härtefallkommission tagt in der Regel einmal im Monat. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die Kommission ist beschlussfähig, wenn ihre Mitglieder ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen worden sind. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Die Härtefallkommission trifft ihre Entscheidung mit der Mehrheit der gesetzlich bestimmten Mitglieder. Stimmberechtigt sind die Mitglieder, im Verhinderungsfall deren Vertreterinnen oder Vertreter.

(2) Von der Beschlussfassung ausgeschlossen sind Mitglieder, wenn die Tätigkeit oder die Entscheidung in der Angelegenheit ihnen selbst, ihren Ehegattinnen oder Ehegatten, ihren eingetragenen Lebenspartnerinnen oder Lebenspartnern, ihren Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(3) Die Kommission kann Personen anhören und darüber hinaus weitere Informationen einholen.

(4) Die Härtefallkommission entscheidet nach Abwägung aller für und gegen das Bestehen eines humanitären oder persönlichen Härtefalls sprechenden Gesichtspunkte. Sie richtet ein Ersuchen auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis an das Ministerium nach § 1, wenn nach ihrer Ansicht dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit der Ausländerin oder des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

§ 8

Umsetzung der Ersuchen der Härtefallkommission

(1) Die Geschäftsstelle setzt unverzüglich die betroffene Person oder ihre Vertreterin oder ihren Vertreter, die zuständige Ausländerbehörde und das Ministerium nach § 1 über die Beschlussfassung in Kenntnis. Sie leitet ein Ersuchen nach § 7 Abs. 4 unverzüglich an das Ministerium nach § 1 weiter.

(2) Das Ministerium nach § 1 entscheidet über die Verlängerung oder Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Entspricht es dem Ersuchen der Härtefallkommission, ordnet es die Verlängerung oder Erteilung an. Will das Ministerium nach § 1 dem Ersuchen der Härtefallkommission nicht entsprechen, hat es vor einer abschließenden Entscheidung die Härtefallkommission über die Gründe für diese abweichende Entscheidung zu informieren. Die Geschäftsstelle unterrichtet die Mitglieder der Härtefallkommission.

§ 9

Rechtswegausschluss

Beschlüsse der Härtefallkommission unterliegen nicht der gerichtlichen Nachprüfung.

§ 10

Verschwiegenheitspflicht der Kommissionsmitglieder

Die Mitglieder der Härtefallkommission sind verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die mit der Mitgliedschaft in der Kommission zusammenhängen, Verschwiegenheit zu wahren.

§ 11
Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung zur Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes vom 22. Februar 2005 (GVBl. I S. 105) wird aufgehoben.

§ 12
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 15. Oktober 2008 in Kraft.